



PRESSEMITTEILUNG

Nr.361/GP

30.11.2022

Holetschek will mehr Pflegeauszubildende für die Intensivpflege gewinnen - Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister unterzeichnete gemeinsam mit 54 Kliniken und Verbänden wichtige Absichtserklärung

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek setzt sich dafür ein, mehr Pflegeauszubildende für die Intensivpflege zu gewinnen. Holetschek betonte am Mittwoch in München: „Die Corona-Pandemie hat verdeutlicht, welche Bedeutung die Fachkräfte in der Intensivpflege für die Sicherstellung der Versorgung und damit für unsere Gesellschaft haben. Sie hat aber auch gezeigt, wie groß der Pflegefachpersonalmangel ist. Es ist allerhöchste Zeit, dass wir die Arbeit in der Intensivpflege attraktiver gestalten und Nachwuchskräfte gewinnen.“

Holetschek unterzeichnete deshalb am gestrigen Dienstagnachmittag in München mit 54 Kliniken und Verbänden eine politische Absichtserklärung, um die Intensivpflege im Rahmen der generalistischen Pflegeausbildung zu stärken. Ziel ist dabei, dem Personalmangel in der Intensivpflege durch eine enge Zusammenarbeit mit der Berufsfachschule für Pflege sowie einer trägerübergreifenden Nutzung der Ausbildungskapazitäten zu begegnen und Auszubildende für die Intensivpflege zu begeistern. Das schließt auch ein, die Praxisanleitung entsprechend der gesetzlichen Vorgaben sicherzustellen und attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen.

Holetschek unterstrich: „Um die Intensivpflege langfristig zu stärken, müssen wir Nachwuchs gewinnen. Dafür brauchen wir ein attraktives Ausbildungsangebot, gute Weiterbildungsmöglichkeiten und ausreichend praktische Einsätze.“

Der Minister ergänzte: „Auszubildende müssen an die beruflichen Aufgaben herangeführt werden. Wir müssen ihnen die Chance geben, den Intensivpflegebereich kennenzulernen. Dies gilt ebenso für die Versorgungsbereiche der Pädiatrie, Notfallpflege und Altenpflege“. Dabei spielt auch die Sicherstellung der Praxisanleitung eine zentrale Rolle. Denn: Je besser die Anleitung und Begleitung ist, desto höher ist die Ausbildungsqualität. Die Rahmenbedingungen müssen attraktiv gestaltet werden. Ich denke hier beispielsweise daran, Praxisanleitende durch feste Arbeitszeitmodelle freizustellen oder Wiedereinsteigerprogramme eigens für die Tätigkeit als Praxisanleitung zu schaffen.“

Holetschek fügte hinzu: „Mit der Einführung der generalistischen



Pflegeausbildung und der Akademisierung der Pflege haben wir erste wichtige Schritte gemacht, die Ausbildung attraktiver zu gestalten. Im April 2023 werden die ersten Generalisten auf den Arbeitsmarkt kommen.“

Der Minister rief zudem alle an der Pflegeausbildung beteiligten Krankenhäuser mit Intensivstation auf, die gemeinsame Absichtserklärung zu unterzeichnen. Er sagte: „Ich bin überzeugt: Die generalistische Pflegeausbildung kann nur gemeinsam gelingen! Lassen Sie uns gemeinsam die Intensivpflege im Rahmen der generalistischen Pflegeausbildung stärken und die Intensivpflege stärker bewerben.“

Holetschek betonte: „Ich kann den jungen Menschen in diesem Land versprechen: Wir arbeiten hart daran, die Ausbildung, aber auch die Arbeit in der Pflege attraktiver zu gestalten. Pflegekräfte besser zu unterstützen, hat für mich höchste Priorität. Pflege ist mehr als ein Beruf.“

Der Minister erläuterte: „Ein zentraler Schritt gegen den Personalmangel ist natürlich auch, bestehende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten. Die Beschäftigten waren vor allem in der Pandemie einer hohen physischen und psychischen Belastung ausgesetzt. Das geht an die Substanz. Für ihre tagtägliche großartige Leistung – auch abseits von Corona – verdienen sie höchste Anerkennung und Respekt. Das muss sich auch im Arbeitsalltag widerspiegeln.“

Holetschek forderte, der Bund müsse endlich seiner Verantwortung nachkommen, die Pflege attraktiver zu machen. Er betonte: „Die Pflegekräfte müssen endlich entlastet werden von pflegefremden Aufgaben und bürokratischen Anforderungen. Sie müssen sich auf das konzentrieren können, was zählt: die Patientinnen und Patienten. Es braucht eine wirklich faire Entlohnung, steuerfreie Zulagen und Zuschläge und verlässliche Dienstpläne, damit Beruf und Familie besser vereint werden können. Da sind auch die Arbeitgeber gefordert.“